

07.06.1988

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/3240
- 2. Lesung -

Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Nachtragshaushaltsgesetz 1988)

Berichterstatter: Abgeordneter Dautzenberg CDU

Beschlußempfehlung

Der Gesetzentwurf wird mit folgender Änderung angenommen:

Im Einzelplan 05 - Kultusminister
Kapitel 05 010 - Kultusministerium

wird bei Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

eine zusätzliche Angestelltenstelle (außertariflich entsprechend Besoldungsgruppe B 2) ausgebracht und gleichzeitig mit einem qualifizierten Sperrvermerk folgenden Inhalts versehen:

"Gesperrt bis zur Rückkehr des Stelleninhabers unter gleichzeitigem Wegfall der Leerstelle für außertarifliche Angestellte."

Datum des Originals: 07.06.1988/Ausgegeben: 08.06.1988

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

101 3264 - 2

Bericht

A Allgemeines

Der Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1988 wurde vom Finanzminister namens der Landesregierung am 6. Juni 1988 im Landtag eingebracht und nach der 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuß sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie überwiesen. Beide Ausschüsse haben sich in einer gemeinsamen Sitzung am 7. Juni 1988 mit dem Gesetzentwurf befaßt.

Entsprechend einer Vereinbarung im Ältestenrat haben an dieser Sitzung die Fraktionssprecher der übrigen betroffenen Fachausschüsse teilgenommen. Außerdem hat die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses die Stellenpläne des Nachtragshaushalts am 7. Juni 1988 erörtert.

B Ergebnis der Beratungen

Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses

Der Arbeitsgruppe oblag die Beratung über die im Nachtragshaushaltsentwurf 1988 aufgeführten Veränderungen in den Stellenplänen des Einzelplans 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Kapitel 08 010 - Ministerium) sowie des Einzelplans 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (verschiedene Kapitel). Bei diesen Erörterungen schlossen sich die Fraktionen der SPD und der CDU dem Vorschlag der Fraktion der F.D.P. an, gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuß keine Beschlussempfehlung auszusprechen, da über die Stellenplanveränderungen in den genannten Bereichen vom gesamten Haushalts- und Finanzausschuß politisch entschieden werden müsse.

Der von der Fraktion der SPD zusätzlich eingebrachte Antrag,

im Einzelplan 05 - Kultusminister
Kapitel 05 010 - Kultusministerium

bei Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

eine zusätzliche Stelle für außertarifliche Angestellte entsprechend Besoldungsgruppe B 2 (qualifiziert gesperrt bis zur Rückkehr des Stelleninhabers unter gleichzeitigem Wegfall der Leerstelle für außertarifliche Angestellte)

mit der Begründung

"Einrichtung der erwähnten Stelle für einen zur Dienstleistung bei der SPD-Landtagsfraktion beurlaubten Beamten"

auszubringen, wurde einstimmig angenommen.

Haushalts- und Finanzausschuß/Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorbemerkung:

Die Fraktion der CDU stellte im Verlauf der gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse vorher schriftlich verteilte, insgesamt neun Änderungsanträge, die in den Drucksachen 10/3307 bis 10/3315 wiedergegeben sind. Aus Vereinfachungsgründen wird in nachfolgenden Ausführungen bezüglich Inhalt und Begründung des jeweiligen Antrags auf die jeweilige Drucksache verwiesen.

Nach § 27 der Geschäftsordnung haben die beratenden Ausschüsse bezüglich des Einzelplans 08 getrennt abgestimmt. Die Abstimmungen im übrigen hat lediglich der ferderführende Haushalts- und Finanzausschuß vorgenommen.

Die Beratungsergebnisse zu den Einzelplänen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Einzelplan 04 - Justizminister

Die mit dem Nachtragshaushaltsplan vorgenommenen Veränderungen wurden mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen. Während die Fraktion der F.D.P. verdeutlichte, daß eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für Mieten nicht notwendig sei, erklärte die Fraktion der CDU, gegen die Anmietungsmaßnahmen sei nichts einzuwenden, es sei aber nicht einzusehen, daß die Maßnahme erst im Nachtragshaushalt ausgebracht worden sei.

Einzelplan 05 - Kultusminister

Der Haushalts- und Finanzausschuß bestätigte einstimmig den Beschluß seiner Arbeitsgruppe, im Kapitel 05 010 die in der Beschlußempfehlung wiedergegebene zusätzliche Angestelltenstelle mit qualifiziertem Sperrvermerk auszubringen.

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung

Kapitel 06 020 - Allgemeine Bewilligungen

Die Fraktion der CDU stellte den in der Drucksache 10/3307 niedergelegten Antrag, eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 20 Mio DM auszubringen..

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Die Fraktion der CDU verwies auf die Begründung zu diesem Antrag und erklärte, Deckung für die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung sei in ihren Anträgen zu dem Kapitel 06 085 (Kulturwissenschaftliches Institut) und zu dem Kapitel 07 120 (Institut "Arbeit und Technik") - vgl. Drucksachen 10/3308 und 10/3309 - gegeben. Die Fraktion der F.D.P. machte deutlich, daß sie den Antrag in der Sache mittrage, aber eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen im Hinblick auf die hohen Reste im Einzelplan 06 nicht mittragen könne. Die Fraktion der SPD begründete ihre Ablehnung damit, daß für den Erwerb von Geräten pp. bei den Hochschulen mit dem Nachtragshaushalt 60 Mio DM ausgebracht seien, und daß insbesondere der Deckungsvorschlag der CDU nicht sachgerecht sei, weil an der Errichtung des Kulturwissenschaftlichen Instituts und des Instituts "Arbeit und Technik" festgehalten werden müsse.

Das Kapitel 06 020 insgesamt wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. unverändert angenommen.

Kapitel 06 085 - Kulturwissenschaftliches Institut

Zu diesem Kapitel stellte die Fraktion der CDU den in der Drucksache 10/3308 wiedergegebenen Antrag, dieses Kapitel zu streichen.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Dabei verwies die Fraktion der SPD auf ihre Argumente bei den Beratungen über den Haushalt 1988 im Fachausschuß.

Das Kapitel 06 085 insgesamt wurde unverändert mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Die Kapitel

07 020 - Allgemeine Bewilligungen
und

07 060 - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

wurden einstimmig unverändert angenommen.

Kapitel 07 120 - Institut "Arbeit und Technik"

Zu diesem Kapitel stellte die Fraktion der CDU den Antrag, das Kapitel zu streichen - vgl. Drucksache 10/3309.

Dieser Antrag, ~~das Kapitel ersatzlos zu streichen,~~ wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Das Kapitel selbst wurde unverändert mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Das Kapitel

07 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge Nordrhein-Westfalen

wurde einstimmig unverändert angenommen.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 07 unverändert mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktionen angenommen.

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Einleitend erläuterte der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie die Konsequenzen aus der Konferenz beim Bundeskanzler vom 24. Februar 1988 und aus der Sitzung des Planungsausschusses vom 14. April dieses Jahres und berichtete über den Stand der Umsetzung der in der Ruhrgebietskonferenz vereinbarten Maßnahmen, wie sie sich aus dem Gespräch des Chefs der Staatskanzlei mit dem Chef des Bundeskanzleramtes vom 31. Mai 1988 ergeben haben!

Im Ergebnis brachten alle Fraktionen zum Ausdruck, daß sie an einer zügigen haushaltsmäßigen Umsetzung der Ruhrgebietskonferenz interessiert seien.

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie stimmte über den Einzelplan 08 wie folgt ab:

Der Antrag der Fraktion der CDU, die im

Kapitel 08 010 - Ministerium

ausgebrachten neuen Planstellen einschließlich der hierfür benötigten Haushaltsmittel zu streichen - vgl. Drucksache 10/3310 -, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt und anschließend ebenso das Kapitel 08 010 unverändert angenommen.

Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes

Über die Veränderungen bei den einzelnen Titeln dieses Kapitels wurde einzeln abgestimmt. Alle Veränderungen wurden einstimmig angenommen; zu der Ausbringung der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 683 20 - Zuschüsse für Maßnahmen im Stahlbereich - übte die Fraktion der F.D.P. jedoch Stimmenthaltung.

Der Einzelplan 08 insgesamt wurde unverändert einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen. Vor dieser Abstimmung erklärte die Fraktion der CDU, obwohl ihr Antrag auf Streichung der zusätzlichen Stellen im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie nicht angenommen worden sei, stimme sie diesem Einzelplan zu, weil sie nicht den Eindruck erwecken wolle, an der Umsetzung der Ruhrgebietskonferenz nicht interessiert zu sein.

Der Haushalts- und Finanzausschuß folgte den Beschlüssen des mitberatenden Ausschusses zu dem CDU-Antrag, den einzelnen Titeln und Kapiteln sowie zum Einzelplan 08 insgesamt; allerdings mit folgenden Abweichungen bei den Abstimmungen:

Die unveränderte Annahme des Kapitels 08 010 wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und einer Stimme aus der CDU, im übrigen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. angenommen; das Kapitel 08 030 wurde insgesamt einstimmig unverändert angenommen.

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Die Kapitel

10 180 - Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung

10 190 - Landesanstalt für Immissionsschutz
und

10 200 - Landesamt für Wasser und Abfall
Verwaltung für Wasser- und Abfallwirtschaft

wurden jeweils mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. unverändert angenommen.

Kapitel 10 250 - Bodenschutzzentrum

Zu diesem Kapitel stellte die Fraktion der CDU den Antrag, die fünf zusätzlichen Stellen zu streichen - vgl. Drucksache 10/3311 -. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Das Kapitel 10 250 selbst und der Einzelplan 10 insgesamt wurde bei gleichem Abstimmungsverhalten der Fraktionen unverändert angenommen.

Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Zu den Veränderungen in diesem Einzelplan verwies die Fraktion der F.D.P. auf ihre im Plenum am 6. Juni 1988 vorgetragenen Argumente.

Das Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen

wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. unverändert angenommen;

das Kapitel 11 500 - Straßen- und Brückenbau

wurde einstimmig bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. unverändert angenommen. Hier hatte zuvor die SPD-Fraktion klargestellt, daß eine Veränderung der Erläuterung zu dem Titel 653 10 nicht beabsichtigt sei.

Der Einzelplan 11 insgesamt wurde unverändert mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Einzelplan 14 - Allgemeine Finanzverwaltung

Zum Kapitel 14 010 - Steuern

beantragte die Fraktion der CDU, die Steuereinnahmen um 200 Millionen DM zu erhöhen - vgl. Drucksache 10/3312 -.

Die Fraktion der CDU kritisierte, daß der Finanzminister keine spezifischen Zahlen für Nordrhein-Westfalen aus den Steuerschätzungen bekannt gebe.

Der Finanzminister erwiderte, es sei Brauch, nicht politisch in das einzugreifen, was von Fachleuten berechnet worden sei. Im übrigen hätten die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt, daß kein Anlaß bestünde, die Steuereinnahmen zu erhöhen;

diese seien sachlich fundiert veranschlagt. Im übrigen sagte der Finanzminister zu, die Grunddaten des Finanzplanungsrates, die auch dem Haushaltsausschuß des Bundestages zur Verfügung stehen, dem Haushalts- und Finanzausschuß zuzuleiten.

Die Fraktion der CDU betonte, auch nach dem nunmehr bekanntgewordenen Ergebnis der Steuereinnahmen im Mai 1988 (während der Sitzung wurde eine entsprechende Information der Landesregierung verteilt) müsse die CDU an der Einnahmeerhöhung festhalten.

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen

Die Fraktion der CDU stellte die Anträge, bei

Titel 462 00 - Globale Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen

einen Ansatz in Höhe von -130 Millionen DM und bei

Titel 549 00 - Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben in allen Einzelplänen

einen Ansatz von -73 Millionen DM auszubringen - vgl. Drucksachen 10/3313 und 10/3314.

Der Finanzminister erklärte zu diesen Anträgen, er habe nicht die Absicht, bereits jetzt über die globalen Minderausgaben hinaus Bewirtschaftungsmaßnahmen einzuleiten und erinnerte daran, daß die CDU-Fraktion die globalen Minderausgaben des Haushaltsjahres 1987 kritisiert hätte. Die CDU-Fraktion entgegnete, daß sie in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit keine Aufteilung der einzusparenden Mittel hätte vornehmen können und wies darauf hin, daß Bewirtschaftungsmaßnahmen durchaus sinnvoll seien.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die antragstellende Fraktion abgelehnt.

Das Kapitel 14 020 insgesamt wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die der Oppositionsfraktionen unverändert angenommen.

Kapitel 14 650 - Schuldenverwaltung

Die Fraktion der CDU beantragte, den Ansatz bei Titel 325 00 - Schuldenaufnahme auf dem sonstigen Kreditmarkt um 403 Mio DM zu vermindern - vgl. Drucksache 10/3315.

Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die der Oppositionsfraktionen wurde dieser Antrag abgelehnt und anschließend der Einzelplan 14 insgesamt unverändert angenommen.

Gesamtabstimmung:

Vor der Gesamtabstimmung erklärte die Fraktion der CDU, sie sei ohne Wenn und Aber für die schnellstmögliche Umsetzung aller Beschlüsse der Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler; gleichwohl müsse sie den Nachtragshaushalt ablehnen, weil sie den gewählten Weg der Finanzierung für falsch halte.

Abschließend wurde dem Nachtragshaushaltsgesetz 1988 gemäß Drucksache 10/3240 insgesamt unter Einbeziehung der zuvor zum Einzelplan 05 beschlossenen Änderung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zugestimmt.

Weiss
Vorsitzender